

Junge Union verteilt auf dem Wochenmarkt gedruckte Exemplare des Grundgesetzes

Anlässlich des 64. Geburtstages des Grundgesetzes, verteilt die Junge Union auf dem Bergkamener Wochenmarkt am Donnerstag, 23. Mai, von 9.30 bis 12.30 gedruckte Exemplare des Grundgesetzes an die Marktbesucher.



Vor einem Jahr verteilte die JU auf dem Bergkamener Wochenmarkt Exemplare des Grundgesetzes, hier mit Bürgermeister Roland Schäfer (2.v.l.).

Vor 64 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz veröffentlicht und trat einen Tag später, am 24. Mai 1949 in Kraft. Im Rahmen der bundesweiten Aktion „Gemeinsam gegen Extremismus“ will die Junge Union durch Grundgesetzverteilung, die bereits im vergangenen Jahr sehr gut angenommen wurde, die Bürgerinnen und Bürger auf den unermesslichen Wert einer freien und demokratischen Grundordnung aufmerksam machen und aktiv Flagge gegen politische Extremisten und Islamisten zeigen.

„Wir wollen mit den Bürgern ins Gespräch kommen und über die

Gefahren extremistischer Ansichten informieren“, erklärt Stefan Rennhak, Vorsitzender der Jungen Union Bergkamen. Die Aktion findet am Donnerstag voraussichtlich im Bereich des Treppenaufgangs in Höhe der Stadtbibliothek statt.

Müll-Entsorgungsgebühren des Kreises bleiben langfristig auf einem niedrigen Niveau

Die von der rot-grünen Landesregierung geplanten Änderungen im Abfallwirtschaftsplan für NRW haben für die Bürger des Kreises Unna und damit auch für die Bergkamener keine negativen Auswirkungen.



Die Entsorgungsgebühren werden langfristig auf einem niedrigen Niveau bleiben. Davon geht die Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna (GWA) aus.

Die von der Landesregierung geplante Regelung im neuen Abfallwirtschaftsplan, nach der Gemeinden künftig wieder vorgeschrieben werden kann, wo sie ihren Müll zu entsorgen haben, sei für den Kreis Unna nicht von Bedeutung, erklärt die GWA. Die gewünschte ortsnahe Entsorgung werde im Kreis Unna, der seinen Restmüll in der MVA Hamm entsorgt, bereits seit langem praktiziert. Da auch die Städte Dortmund und Hamm ihren Restmüll dort entsorgen, ist zudem eine hohe Auslastung der MVA langfristig garantiert. Und eine Zuweisung des Restmülls

aus diesen drei Gebietskörperschaften in andere Drittanlagen als der MVA Hamm ist ohnehin nicht denkbar.

„Wir können zufrieden feststellen, dass die Kosten der thermischen Entsorgung auf lange Sicht und zu günstigen Konditionen bereits feststehen und wir im Kreis Unna deshalb auch langfristig Gebührenstabilität haben werden“, so GWA-Geschäftsführer Ulrich W. Husemann.

Bauvoranfrage für die neue Berggalerie liegt im Rathaus vor

Die Geschäftsführerin von CharterHaus, Brigitte van der Jagt, die die Bergkamener „Turmarkaden“ in das hochmoderne Einkaufszentrum „Berggalerie“ umwandeln will, hat jetzt bei der Stadt Bergkamen die Bauvoranfrage eingereicht.



So könnte nach den Vorstellungen des Architekten André Pilling vom „Büro pos 4“ in Düsseldorf die neue Berggalerie aussehen.

Dieser Schritt unterstreiche die Ernsthaftigkeit von CharterHaus, die Pläne in die Tat umzusetzen, erklärt Technischer Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters. Er versprach, nach der gründlichen Prüfung der Unterlagen die Bergkamener Ratsfraktion über die Details zu informieren.

Möglicherweise ist der eine oder andere inzwischen nervös geworden, ob aus dem millionenschwere Projekt „Berggalerie“ auch etwas werden könnte. Denn eigentlich hätte der Umbau bereits gestartet werden sollen. Die Verhandlungen über das weitere Schicksal des Wohnturms und den Chancen, ihn mit öffentlicher Förderung abzureißen sowie die Klärung der Eigentumsverhältnisse beim Einkaufszentrum hatten die Planer bereits im vergangenen Jahr auf der Stelle treten lassen.

Offensichtlich sind weitere Verzögerungen durch die Vermarktung der neuen Einkaufsflächen eingetreten. Nach dem ursprünglichen Zeitplan sollte bereits im Februar der Bauantrag eingereicht worden sein. Baustart wäre dann im kommenden September gewesen und die Eröffnung im Frühjahr 2015. Zumindest der angepeilte Baustart wird sich jetzt um einige Monate nach hinten verschieben.

Internetseite der Stadt Bergkamen gründlich aufgemöbelt und nutzerfreundlich

Die Internetseite der Stadt Bergkamen kommt seit dem frühen Mittwochnachmittag in einem völlig neuen Gewand daher. Der erste Eindruck: Diese Internetseite kann sich sehen lassen.



Hinter der neuen Internetseite arbeitet ein Gestaltungsprogramm, für das keine Lizenzgebühren fällig werden (Open Source).

Im Mittelpunkt stehen die aus der Sicht der Verwaltung wichtigsten Nachrichten. So wird auf der Stadtseite fürs nächste Hafenfest geworben und unter der Rubrik „Familie, Jugend, Bildung Soziales“ für eine Vortragsveranstaltung über „Chancen und Risiken sozialer Netzwerke“ anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Erziehungsberatungsstelle.

„Die neue Internetpräsentation soll vor allem nutzerfreundlich sein“, betont Bürgermeister Roland Schäfer. Dazu gehört auch, dass die ehemals zwei Internetseiten der Stadt Bergkamen jetzt zusammengeführt sind. Alle Serviceleistungen des ehemaligen Bürgerportals www.bergkamen.info findet man jetzt unter www.bergkamen.de. Wer die Adresse des Bürgerportals in den Browser eingibt, wie automatisch umgeleitet. Erhalten bleiben den Bürgerinnen und Bürger allerdings ihre angestammten Mail-Adressen.

Wieder funktionsfähig und dazu bürgerfreundlich ist die Suchfunktion. „Wir haben dabei auch die Begriffe gewählt, die dem Bürger bekannt sind“, erklärt Fachdezernent Manfred Turk. Wer zum Beispiel nach dem „Fundbüro“ sucht, erfährt den Namen der zuständigen Sachbearbeiterin, die Telefonnummer, die Mail-Adresse und wo sie im Rathaus zu finden ist. Das ist

sicherlich ein wichtiger Beitrag hin zum barrierefreien Rathaus.

Hier lassen sich sicherlich nicht alle Neuheiten nur annähernd beschreiben. Es gilt: Einfach ausprobieren. Wenn Fehler entdeckt werden, sollten Bürgerinnen und Bürger die Stadtverwaltung darüber informieren, rät Bürgermeister Schäfer. Ein Schwachpunkt wurde am Mittwoch bereits bei der offiziellen Präsentation der neuen Internetseite offenkundig: der Wetterbericht- Der zeigte aktuell eine lachende Sonne an. Ein Blick aus dem Rathausfenster zeigte aber schon, dass dies nicht so stimmen kann.

Bergkamener Stromnetz bleibt in der Hand der GSW

Das Stromversorgungsnetz in Bergkamen bleibt auch über das Jahr 2014 hinaus fest in kommunaler Hand und zwar, wie bisher, bei den Gemeinschaftsstadtwerken Kamen, Bergkamen, Bönen.



Interessenten hatten sich nach der Ausschreibung des Konzessionsvertrags im Frühjahr zwei gemeldet. Ein ernsthaftes Angebot haben bis zum Stichtag 10. Mai nur die GSW abgegeben.

Jetzt werden Verhandlungen mit den GSW über den Inhalt des indikativen Angebotes aufgenommen und nach der Verhandlungsphase wird ein verbindliches Angebot von Seiten der GSW abzugeben sein“, erklärt 1. Beigeordneter Horst Mecklenbrauck. Bereits in der Julisitzung des Stadtrats soll über den Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages für die

nächsten 20 Jahre entschieden werden.

Beim Strom ist die Bewirtschaftung des Versorgungsnetzes wesentlich lukrativer als der eigentliche Verkauf des Stroms. Das die GSW den Konzessionsvertrag erhalten werden, stärkt das Kommunale Unternehmen. Finanziell profitiert davon auch die Stadt Bergkamen, also letztlich alle Bürgerinnen und Bürger, weil die Gewinne vor Ort bleiben.

Termin für die Protestaktion am Freitag gegen die Schließung der Geburtshilfe steht

Von einer „Massenbewegung“, die sich am kommenden Freitag aktiv für den Erhalt der Geburtshilfe im Kamener Krankenhaus einsetzen wollen, kann noch nicht gesprochen werden. Mit Stand von Montagmorgen sind es 20 Zusagen aus Bergkamen und 87 aus Kamen.

Sicherlich werden es mehr, wenn der Zeitpunkt bekannt ist. Die Aktion soll von 10 bis 13 Uhr in der Fußgängerzone vor dem San Remo laufen. Für diese Aktion machen inzwischen auch Hebammen ihre Klientinnen mobil. Ebenfalls am Freitag plant die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in der Kamener Innenstadt eine Informationskampagne in der Kamener Innenstadt. Es werden auch Unterschriftenlisten ausliegen.

Die Mitarbeiterinnen der Geburtshilfeabteilung protestierten bei einer Veranstaltung der IG BCE am Freitag in der Kamener Stadthalle für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die

Gewerkschaft hatte den Kaufmännischen Direktor des Klinikums Westfalen, Diplom-Volkswirt *Michael Kleinschmidt* eingeladen, damit er sie über die medizinische Versorgung im östlichen Ruhrgebiet informiert.

Dass sie diese Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Kamen und den Nachbarstädten erheblich gefährdet sehen, daran ließen die etwa 30 Krankenschwestern und Hebammen keinerlei Zweifel aufkommen.

In den beiden Facebookgruppen „Du bist ein Bergkamener/Kamen“ laufen die Abstimmungen über eine Teilnahme an der Protestaktion am Freitag weiter.

Neuer Fahrbahnbelag für die Overberger Straße in Rünthe

Auch die Overberger Straße wird vom Sommer an in mehreren Schritten eine neue Asphaltdecke erhalten. Los geht es im ersten Bauabschnitt vom Kreisel mit der Rünther Straße bis zur Feldstraße.



Rund 390.000 Euro will sich die Stadt im ersten Schritt diese Baumaßnahme kosten lassen. Gern möchte sie die RAG an den Kosten beteiligen. Denn am schlechten Zustand der Overberger Straße seien nicht nur Frost und fehlender Erhaltungsaufwand in den vergangenen Jahren schuld,

meint Technischer Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters, sondern auch Bergschäden, wie er gegenüber dem Bergkamener

Infoblog erklärte. Auf rund 30 Prozent taxiert er den Bergbauanteil. Die Verhandlungen mit der RAG sind noch nicht abgeschlossen.

Wichtig für die Anlieger ist, dass sie nicht zur Kasse gebeten werden. Auch künftig wird die Overberger Straße eine Breite von sieben Metern haben. Das garantiere, dass sich dort die Linienbusse begegnen können, ohne dass sie sich gegenseitig die Rückspiegel abfahren. Die VKU-Haltestellen werden den Bedürfnissen behinderter Menschen und der von Senioren, die mit einem Rollator unterwegs sind, angepasst.

Eine erhebliche Verbesserung gibt es auch für Radfahrer. Sie erhalten links und rechts Sicherheitsstreife. Die scheinen außerdem auf Autofahrer oft wie eine Geschwindigkeitsbremse zu wirken.

Der gesamte Ausbauplan für die Overberger Straße, der vom Kreisel bis zur Beverbachbrücke reicht, wird am Mittwoch, 15. Mai, ab 17 Uhr den Mitgliedern des Ausschusses für Bauen und Verkehr im großen Ratssaal vorgestellt. Anlieger, die wissen wollen, was bald vor ihren Haustüren geschieht, sind herzlich willkommen.

Frostschäden auf der Töddinghauser Straße geht es an den Kragen

Die Anlieger der Töddinghauser Straße südlich des Kreisels an der Friedenskirche müssen sich ab diesem Sommer auf Baustellenlärm und die Verkehrsteilnehmer auf Einschränkungen einstellen. Der durch mangelhafte Pflege und harten

Winterfrösten reichlich mitgenommene Straßenbelag wird erneuert.



Durch die Verkürzung der Insel besteht die Chance, auf der Töddinghauser Straße eine Linksabbiegerspur in die Schulstraße anzulegen.

Die gute Nachricht für die Anlieger ist: Sie brauchen sich nicht an der Finanzierung nach dem Kommunalen Abgabegesetz (KAG) zu beteiligen, wie Technischer Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters betont.

Für den ersten Bauabschnitt vom Kreisel bis zur Kurt-Piehl-Straße stehen 475.000 Euro zur Verfügung. Davon wird Straßen NRW für das Stück vom Kreisel bis zur Schulstraße 85.000 Euro tragen. Hierbei handelt es sich um eine Landesstraße.

Es gibt nicht nur neuen Asphalt, es werden auch die Verkehrsinseln verkürzt. Davon versprechen sich die Planer, dass der Schwerlastverkehr die Ein- und Ausfahrten nicht mehr so beschädigen wie bisher. An diesen Stellen wurden in der Vergangenheit zahlreiche Reparaturmaßnahmen durchgeführt. Durch die Verkürzung besteht außerdem die Chance, zur Schulstraße, eine Linksabbiegerspur anzulegen.

Mehr Sicherheit für Radfahrer



Aufpflasterung Gedächtnisstraße

Nach der Fertigstellung werden Radfahrer nicht mehr auf den Bürgersteigen fahren können. Für sie werden Sicherheitsstreifen wie auf der Schulstraße oder auf der Landwehrstraße angelegt. Sie hätten sich in Bergkamen bewehrt.

Die nächsten Abschnitte der Töddinghauser Straße sollen 2014 in Angriff genommen werden. Dann wird auch die Kreuzung mit der Kuhbachtrasse für Radler sicherer gemacht: Der Übergang über die die Töddinghauser Straße wird wie auf der Gedächtnisstraße am Eingang zum Wasserpark und in das Lüttkeholz aufgepflastert. Der Verkehr auf der Töddinghauser Straße wird so gezwungen, die erlaubten 30 km/h einzuhalten.

Die Planungen für die Bauarbeiten auf der Töddinghauser Straße werden zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr am Mittwoch, 15. Mai, ab 17 Uhr im Ratstrakt vorgestellt.

Friedrich Ostendorff demonstriert mit Verdi vor der KIK-Zentrale

Es wird wohl am kommenden Montag, 13. Mai, einer der letzten Aktionen des Grünen-Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff aus Weddinghofen in seinem hiesigen Wahlkreis sein. Ab 10.30 Uhr will er zusammen mit der Dienstleistungsgesellschaft Verdi und Parteifreunden vor KIK in Bönen demonstrieren.



Friedrich Ostendorff

Anlass sind die geschäftlichen Beziehungen des Textil-Discounters zu der Textil-Fabrik, die am 24. April in sich zusammenbrach und nach bisherigen Erkenntnissen über 1000 Menschen, meist Frauen, in den Tod riss.

Noch am Unglückstag ließ KIK verlauten: „Wir können Ihnen mitteilen, dass zu keiner der dort ansässigen Firmen eine Geschäftsbeziehung besteht. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer und den Schwerverletzten dieser Katastrophe.“

Dass dies nicht ganz stimmen kann, wurde in einem Film des ARD-Politikmagazins Panorama deutlich. Am Unglücksort fanden deren Reporter eine Bluse aus der aktuellen Verona-Poth-Kollektion. Die gibt es immer noch in den KIK-Filialen zu kaufen, wie die WDR-Lokalzeit Dortmund herausfand. Und: Das

Brandschutz- und Gebäudesicherheitsabkommen in Bangladesh habe KIK bisher noch nicht unterschrieben.

Westfälisch hinter die Fichte geführt

Schnell korrigierte dann am vergangenen Freitag KIK die Stellungnahme am Unglückstag: Ein Zwischenimporteur habe in dieser Fabrik bis Anfang dieses Jahres produzieren lassen. „Die Textilfunde stammen aus dieser Zeit.“ Die letzte Ware sei aber vor dem Unglückstag verschifft worden.“

Friedrich Ostendorff sprach in einem Interview mit der Lokalzeit von einer Salomitaktik: Es werde nur das zugegeben, was nicht geleugnet werden kann. „Wir fühlen uns westfälisch hinter die Fichte geführt und es wird mit viel mit Lüge gearbeitet.“ Seine Bitte an KIK um ein Gespräch sei bisher nicht beantwortet worden.

Ostendorff will am Montag vor der KIK-Zentrale dafür demonstrieren, dass das Unternehmen endlich zu seiner Verantwortung für die Produktionsbedingungen in Ländern wie Bangladesh steht. Dies ist wohlmöglich einer seiner letzten als Bundestagsabgeordneter in seinem Wahlkreis Unna II mit Bergkamen, Kamen und Bönen.

Natürlich will der Weddinghofener auch einen Platz im nächsten Bundestag einnehmen. Dafür kandidiert der agrarpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion am 22. September allerdings direkt im Kreis Coesfeld. Sein 12. Platz auf der NRW-Landesliste lässt seinen Wiedereinzug höchst wahrscheinlich erscheinen.

Öffentlicher Teil des Stadtmarkts soll künftig Alfred-Gleisner-Platz heißen

Der öffentliche Teil des Stadtmarkts in Bergkamen-Mitte soll in Alfred-Gleisner-Platz umbenannt werden. Über diesen stimmt der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung am 23. Mai in öffentlicher Sitzung ab. Eine Adressenänderung wird es allerdings für Anlieger des Stadtmarktes nicht geben.



Bergkamens
erster
Stadtdirektor
Alfred Gleisner

„Alfred Gleisner war einer der „Gründungsväter“ der Stadt Bergkamen. Vom 1. Januar bis zum 14. Juni 1966 war er der erste Gemeindedirektor der Großgemeinde Bergkamen, seit dem 14. Juni 1966 (Verleihung der Bezeichnung „Stadt“) bis zu seiner Pensionierung im Juni 1973 dann erster Stadtdirektor der neu entstandenen Stadt Bergkamen“, heißt es in der Begründung für diese Umbenennung.

Und: „Für seine gesamte politische Tätigkeit und seine Verdienste um die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wurde Alfred Gleisner 1973 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz

ausgezeichnet, die Stadt Bergkamen verlieh ihm in Anerkennung und Würdigung seines tatkräftigen und unermüdlichen Wirkens zum Wohle der jungen Stadt als bis heute einzigem Träger dieser Würde die Ehrenbürgerschaft.“ (Der gesamte Text befindet sich hier.)

In der Begründung fehlt allerdings ein wichtiges Detail: die Rolle Alfred Gleisners bei der Verhinderung der Demontage der damaligen „Chemischen Werke Bergkamen“. Wäre sein Einsatz und der einiger anderer Persönlichkeiten nicht erfolgreich gewesen, dass gebe es vermutlich heute weder den Chemiestandort Bergkamen mit Bayer (früher Schering) noch die Stadt Bergkamen.

Alfred Gleisner sicherte den Chemiestandort Bergkamen

Was damals vor rund 65 Jahren geschah, könnte durchaus Stoff für einen Thriller sein. Im Herbst 1947 fielen dem damaligen Sekretär der Kreis-SPD Unna und dem Arnsberger Regierungspräsidenten Fries ein Geheimpapier der britischen Militärregierung in die Hände: eine Liste von 750 Betrieben, die die Alliierten als Entschädigung für die von Nazi-Deutschland verursachten Kriegsschäden demontieren als wollten.

Insbesondere eine Position elektrisierte Gleisner. Auch das Chemische Werk Bergkamen sollte wie die Fischer-Tropsch-Anlagen der Gewerkschaft Victor in Castrop-Rauxel und die Dortmunder Paraffin-Werke GmbH als ehemals kriegswichtige Betriebe und als Wiedergutmachung für Kriegsschäden in seine brauchbaren Teile zerlegt und abtransportiert werden.

Fries und Gleisner brachten diese Liste zusammen mit dem Landrat des Kreises Unna, Hubert Biernat, umgehend nach Hannover zum SPD Vorsitzenden Kurt Schumacher, der sie sofort veröffentlichte. Die Bekanntgabe der 750 Demontagebetriebe löste in den betroffenen Gemeinden und Städten heftige

Reaktionen aus.

Eineinhalb Jahre hätten die Arbeiter in Bergkamen in den Aufbau des Chemischen Werks investiert, erklärte Gleisner am 13. Oktober 1947 dem britischen Kommandanten in Unna, Oberstleutnant Baker. Die geplante Demontage sei Wahnsinn. Und: Die Arbeiter seien nicht gewillt, nur passiven Widerstand zu leisten. „Der Marshallplan (Anm.: zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft) wird sinnlos, wenn wir unsere Betriebe demontieren müssen und nicht mehr amortisieren können. Vom Vertrauen der Bevölkerung zur Militärregierung ist nur ein kümmerlicher Rest übrig geblieben.“

Demontage der Chemischen Werke verhindert



Belgische Soldaten rücken zu den Chemischen Werken Bergkamen an. (Anm.: Dieses und das folgende Foto stammen aus dem Nachlass von Hubert Biernat. Er hat selbst fotografiert und hat offensichtlich das Anrücken der belgischen Soldaten vor Ort beobachtet.)

Bis zum endgültigen Demontagebeschluss gingen allerdings noch rund eineinhalb Jahre ins zerstörte Land. Offensichtlich gab es sowohl bei den Amerikanern als auch bei den Briten

einflussreiche Kräfte, die vom Sinn solch einer Aktion und damit auch von der Schwächung der deutschen Wirtschaft nicht überzeugt waren. Immerhin hatte auch schon der „Kalte Krieg“, der 1949 in der Berlin Blockade den ersten Höhepunkt erreichte, längst begonnen. Die Westdeutschen hatten sich in ihren Augen allmählich vom einstigen Feind zum möglichen Partner gewandelt.

Unterstützung erhielten die Bergkamener übrigens auch von Seiten der evangelischen Landeskirche. Von Pfarren und Presbytern vor Ort informiert nahm Präses Wilms bei seiner England-Reise Anfang Juni 1949 noch Kontakt mit maßgeblichen Stellen auf den britischen Inseln auf. Er verdeutlichte ihnen, was er von der geplanten Demontage hielt: Es sei Unrecht.

Trotzdem erhielt Kreisresidenzoffizier Baker im April 1949 telefonisch die „Vorwarnung“, dass nun die Chemischen Werke in Bergkamen endgültig demontiert werden sollten. Bisher hatte sich der Protest noch auf Zeitungsartikel und Debatten in Gemeinderäten und im Kreistag beschränkt. Nun wurden Demonstrationen durch die Bevölkerung befürchtet.

Bergkamener wehren sich gegen die Demontage



Soldaten räumen Straßensperren weg, die die Bergkamener ihnen in den Weg gestellt hatten.

Die kamen auch und zwar sehr heftig. Bereits bei der Vorbesichtigung am 8. Juni 1949, an der auch Mitarbeiter des Vertragsunternehmens Müller aus Dortmund beteiligt waren, wurde der Vertreter dieser Firma getreten sowie mit Fäusten und Knüppel geschlagen. Eine Folge war, dass Landrat Hubert Biernat, Bergkamens Bürgermeister Johannes Heuser, Direktor Schwenke und der Betriebsratsvorsitzende der Chemischen Werke, Alfred Weber, zum Regionalbefehlshaber nach Düsseldorf zitiert wurden.

Vielleicht war ein Ergebnis dieses Gesprächs, dass sich am 13. Juni, als die Leute der Firma Müller zu den Chemischen Werken anrückten, um die Demontage zu starten, die Belegschaft und der Betriebsrat noch ruhig verhielten. Vor dem Werkstor hatten sich aber mehrere hundert Menschen versammelt. Darunter befanden sich viele Witwen des großen Grubenunglücks auf Grimberg 3/4. Sie hatten im Bereich der Eisenbahnüberführung in der Nacht mehrere Kohlewagen, Betonklötze und schweres Gerät als Barrikaden aufgestellt. Der Lastwagen mit dem Demontagearbeitern wurde gestoppt.

Die gesamte Aktion wurde zunächst aufgeschoben und belgische Einheiten, die in Unna stationiert waren, gegen 8.30 Uhr alarmiert. Sie rückten gegen 11.15 Uhr mit 250 Soldaten aus, die von drei Abteilungen Schützenpanzerwagen begleitet wurden.

Als die zwei Kompanien auf der Töddinghauser Straße vor der Eisenbahnüberführung eintrafen, hatten die Demonstranten die Barrikaden verstärkt. Für die Schützenpanzerwagen war es aber nicht schwierig, die Barrikaden beiseite zu schieben. Die Belgier drangen in das Werksgelände ein und sicherten es mit Stacheldraht. Gleichzeitig wurden die Werksleitung und die Angestellten verhaftet.

Trotz der Sicherungsmaßnahmen gelang es dem SPD-Sekretär Alfred Gleisner, an der Postenkette vorbei in das Direktionsgebäude der Chemischen Werke einzudringen. Dort erklärte er den Besatzern, dass in den Chemischen Werken die

Analyse für die Wetterführung der benachbarten Zeche erfolge. Sollten alle Arbeiter und Angestellten das Gelände Grimberg 1/2, wie verlangt, verlassen, dann könne für die Grubensicherheit nicht mehr garantiert werden. Unklar ist, ob es sich hier um eine Finte Gleisners gehandelt hat. Anschließend mussten jedenfalls nur diejenigen Mitarbeiter das Werksgelände verlassen, die nicht unbedingt für die Sicherheit der Chemischen Werke und der benachbarten Zeche Grimberg 1/2 verantwortlich waren. Sie erhielten Passierscheine.

Bei der Besetzung gingen die Belgier nicht zimperlich vor. So zerstörten sie unter anderem das Mobiliar im Betriebsratsbüro. Zwischen den Besatzern und den vor den Werkstoren demonstrierenden Bergkamenern gab es allerdings keine ernsthaften Zusammenstöße.

Über die Besetzung der Chemischen Werke und den Protest der Bevölkerung berichtete damals die Presse im In- und Ausland. Nach der Klage der Briten hätten die Reporter damals nur Lügen verbreitet. Dass es überhaupt zu einer militärischen Aktion am 13. Juni 1949 gekommen ist, dafür machte der Kreisresidenzoffizier vor allem Alfred Gleisner und den damaligen Landrat Hubert Biernat verantwortlich. Er sprach sogar von einer „Affäre Gleisner“.

Am 28. Juli 1949 zog die Militärregierung in Arnsberg die belgischen Soldaten von den Chemischen Werken Bergkamen ab. Einen Tag vorher beorderte sie den Bergkamener Bürgermeister, die Vertreter des Werkes und des Kreises Unna zu sich, um sie von diesem Schritt zu informieren. Verlangt wurde von ihnen, alles zu tun, um Zusammenstöße in Zusammenhang mit der weiteren Demontage zu verhindern. Sollte es trotzdem zu Konfrontationen kommen, werde die Militärregierung nicht zögern, das Werk erneut mit Truppen zu besetzen.

„In Bergkamen geht die Arbeit störungslos voran“, heißt es im Monatsbericht des Residenzoffiziers für September 1949. „Die örtliche Bevölkerung scheint das Interesse vollständig

verloren zu haben oder hat sich in das Unvermeidliche geschickt.“

„Petersberger Abkommen“ brachte die Rettung



Die Freunde Alfred Gleisner (r.) und Hubert-Biernat (vorn, groß) nach einer Grubenfahrt in den 1950er Jahren. Foto: Kreisarchiv Unna

Der letztlich erfolglose Widerstand der Mitarbeiter der Chemischen Werke und der Bergkammer Bergleute sorgte für großes internationales Aufsehen. Wenig später bemühte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer in Verhandlungen mit den Alliierten um ein Demontagestopp-Abkommen. Ergebnis war 1950 das „Petersberger Abkommen“, durch das die Chemischen Werke Bergkamen und ähnliche Anlagen im Ruhrgebiet von der Demontage ausgenommen wurden. Bereits 1951 wurde in Bergkamen die Produktion wieder aufgenommen.

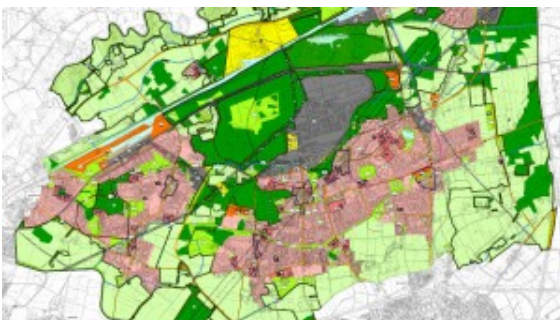
Doch die wirtschaftliche Situation wurde für die Chemischen Werke Bergkamen in den Jahren danach zunehmend schlechter. Erdöl war auf dem Weltmarkt billig zu haben. Die Nachfrage nach dem Treibstoff aus Kohle, der zudem wenig kloppfest war, ging gegen null. Und auch für das Nebenprodukt Fett sah es immer schlechter aus. In den Wirtschaftswunderjahren wollten

die Deutschen „gute Butter“ auf dem Frühstückstisch haben und keine künstliche Margarine.

Ein Glücksfall war es sicherlich für den Industriestandort Bergkamen, dass die Schering AG wegen der zunehmenden Verschärfung des „Kalten Kriegs“ und der Insellage ihres Firmensitzes Berlin (West) im Bundesgebiet nach einem Ausweichstandort suchte. 1959 übernahm Schering die Chemischen Werke von der Harpen AG, nicht zuletzt, weil das Unternehmen über eine große Zahl gut ausgebildeter Mitarbeiter verfügte. Um sie weiter zu beschäftigen, lief die defizitäre Fischer-Tropsch-Anlage neben dem Aufbau neuer Produktionsstätten noch bis 1964.

Neuer Flächennutzungsplan für Bergkamen kann jetzt beschlossen werden

Der neue Flächennutzungsplan der Stadt Bergkamen soll nun endgültig vom Stadtrat beschlossen werden. Eine letzte Verzögerung ergab durch das Aus für den Dinopark im Romberger Wald.



Ausschnitt aus dem neuen Flächennutzungsplan

Im ursprünglichen Entwurf war eine Fläche zwischen Industriestraße und Autobahn A1 eingezeichnet gewesen. Diese Fläche bleibt nun auch in Zukunft dem Wald und der Landwirtschaft vorbehalten,

Diese erneute öffentliche Auslegung wurde im Zeitraum vom 11. März 2013 bis

einschließlich 11. April 2013 durchgeführt. Während der öffentlichen Auslegung wurde der

Plan von zwei Bürgern eingesehen, die allerdings keine Stellungnahme zu dem Plan

abgegeben haben. Die Stellungnahmen von Seiten der beteiligten Träger öffentlicher

Belange und der Nachbargemeinden haben keine Anregungen zum Plan enthalten.

Zunächst wird Ausschuss für Bauen und Verkehr am 15. Mai darüber beraten.

Ratsvorlage zum neuen Flächennutzungsplan